

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

09.07.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 01.07.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:01 Uhr - 17:41 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten
0227/2014**
- 5 VI. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern
0229/2014**

- 6 Förderung des Außerunterrichtlichen Angebotes im Schuljahr 2014/15**
0220/2014
- 7 Einwohnerfragestunde**
0090/2014
- 8 Konzessionierungsverfahren Strom, Gas, Wasser und Fernwärme - Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung**
0255/2014
- 9 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 10 Anträge der Fraktionen**
- 10.1 Antrag der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 16.06.2014 (eingegangen am 17.06.2014) zur Erstellung einer Prioritätenliste für Sanierungsmaßnahmen an Grundschulen**
0257/2014
- 10.2 Antrag der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 16.06.2014 (eingegangen am 17.06.2014) zur Darstellung aller wesentlichen Maßnahmen im AUKIV**
0258/2014
- 11 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 11.1 Schriftliche Anfragen des Ratsmitgliedes Herr Samirae mit 49 Schreiben vom 13./15./16./17.06.2014 (eingegangen am 13./16./17.06.2014) zu verschiedenen Themenbereichen**
0256/2014
- 11.2 Mündliche Anfragen**

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 4 Anträge der Fraktionen**
- 5 Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:01 Uhr die 2. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Haasbach, Frau Holtzmann, Herr Dr. Metten, Herr Mömkes, Herr Schade (alle CDU-Fraktion), Frau Bähler, Herr Weber (beide Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Herr Jungbluth, Herr Schütz und Herr Wuttke (alle AfD-Fraktion) entschuldigt. Herr Pick (CDU-Fraktion) ist ab 17:03 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Frau Fahner und Frau Müller-Veit entschuldigt. Frau Müller-Veit wird durch Frau Sprenger vertreten.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 18.06.2014 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung,
- einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP Ö 5 - Elternbeitragsatzung als Tischvorlage,
- einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Umbesetzung in einem Ausschuss als Tischvorlage,
- einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Satzung für das Jugendamt als Tischvorlage,
- ein weiteres – fünfzigstes – Schreiben mit Anfragen von Herrn Samirae als ergänzende Unterlage zu TOP Ö 11.1 als Tischvorlage,
- drei Schreiben mit Fragen von Frau Henkel, die sie bittet in der heutigen Sitzung zu beantworten, als Tischvorlagen.

Herr Urbach schlägt vor, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion unter TOP Ö 5 – Elternbeitragsatzung – zu beraten. Bei den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. zur Ausschussumbesetzung und zur Änderung der Satzung des Jugendamtes handele es sich demgegenüber nicht um Änderungsanträge zu Punkten, die in der Tagesordnung enthalten seien. Beide Anträge seien auch verfristet eingegangen. Die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Tagesordnung der heutigen Tagesordnung aus Gründen der Dringlichkeit seien ebenfalls nicht erfüllt. Es sei daher beabsichtigt, die Anträge in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 30.09.2014 aufzunehmen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach führt an, dass die Niederschrift über die Ratssitzung am 17.06.2014 – öffentlicher Teil - noch nicht fertig gestellt sei. Er schlägt daher vor, diese in der nächsten Sitzung zu genehmigen.

Im Rat herrscht diesbezüglich Einvernehmen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu den Besucherzahlen der Direktwahlbüros

Herr Urbach erklärt, dass die Direktwahlbüros anlässlich der Wahlen am 25.05.2014 von insgesamt 4.968 Wahlberechtigten genutzt worden seien. Im Direktwahlbüro Stadtmitte haben 3.413 Wahlberechtigte ihre Stimmen abgegeben, in Refrath 984 und in Bensberg 571.

Mitteilung zum Bestätigungsvermerk zum Erwerb der Geschäftsanteile an der BELKAW GmbH und zur Gründung der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH durch die BELKAW GmbH

Herr Urbach erörtert, dass die Bezirksregierung Köln über den Landrat den Bestätigungsbescheid zum Erwerb der Geschäftsanteile an der BELKAW GmbH und zur Gründung der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH durch die BELKAW GmbH vorab per Mail übersandt habe. Das Original werde auf dem Postweg folgen. Die Bezirksregierung schreibe, dass gegen die Umsetzung der angezeigten Beschlüsse nach Maßgabe der ihrer Anzeige beigefügten Unterlagen keine gemeindefirtschaftlichen Bedenken erhoben würden.

Mitteilung zum Projekt „Regionale Stadtgestaltung“

Herr Mumdey führt aus, dass die Verwaltung im letzten Jahr in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mitgeteilt habe, dass Zusatzkosten in den Stadtteilen „Stadtmitte-West“ und „Stadtmitte-Ost“ durch kontaminierte Böden und andere Belastungen entstanden seien. Diese seien mit einer Summe von bis zu 400.000 Euro beziffert worden. Finanziert worden sei deren Beseitigung aus unterschiedlichen Mitteln der Regionale, welche für die entsprechenden Stadtteile bereitgestellt wurden. Er habe zum damaligen Zeitpunkt zugesagt, dass er die Politik über Verschiebungen von Mitteln in größerem Ausmaß informieren und beteiligen werde. Im Bereich „Stadtmitte-West“ stünden die Arbeiten im Zuge der Erneuerung der Fußgängerzone, der Anlage des Bahnhofvorplatzes sowie des Driescher Kreuzes kurz vor der Vollendung. Dazu seien jedoch zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 346.000 Euro erforderlich, welche durch Massenerhöhungen, Fundamentierungen für Beleuchtungsmasten und Anpassungsarbeiten im Bereich diverser Straßen, Wege und Plätze entstanden und nicht vorhersehbar gewesen seien. Einher gehe damit auch eine Steigerung der Honorare für die beteiligten Planer. Die Fachbereiche 2, 6 und 7 seien derzeit damit beschäftigt, die Deckung dieses Mehrbedarfes zu klären. Derzeit sei zu erwarten, dass die Mittel innerhalb des Projektes „Regionale Stadtgestaltung“ gedeckt werden können.

4. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten *0227/2014*

Herr Urbach gratuliert zunächst der gewählten Vorsitzenden bzw. dem gewählten stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Frau Mechthild Münzer bzw. Herrn Marcel Kreutz. Er bittet die Beratungsergebnisse aus der im Vorfeld der Ratssitzung stattgefundenen Jugendhilfeausschusssitzung vorzutragen.

Frau Münzer erklärt, dass dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt worden sei, wobei empfohlen worden sei, Ziffer 8 Absatz 1 der Richtlinien um die folgende Formulierung zu ergänzen: „Dies gilt in besonderem Maße für Kinder mit Behinderung.“

Frau Henkel **beantragt** die Richtlinien dahingehend zu erweitern, dass die Mindestöffnungszeiten mehrgroupiger Kindertagesstätten auf 50 Wochenstunden erhöht werden (Ziffer 6.1 der Richtlinien), um Öffnungszeiten von 6.30 Uhr – 17.30 Uhr zu realisieren.

Herr Buchen entgegnet, dass die Vorgabe zu Schließungen der Kitas aus den Richtlinien entfernt worden sei. Bezüglich der Öffnungszeiten sei die Empfehlung gewesen, an der bisherigen Regelöffnungszeit festzuhalten. Letztendlich könne der Träger diese auch entsprechend anpassen. Sofern

Bedarf bestehe, können diese dann erweitert werden. Es sei fraglich, ob eine Änderung der Richtlinien zur Folge habe, dass die Vorlage formal nochmals im Jugendhilfeausschuss beraten werden müsste. Dies sei problematisch, da die beschlossenen Richtlinien zeitig in Kraft treten müssten. Er spricht sich daher für die CDU-Fraktion gegen den Änderungsantrag aus.

Herr Urbach stellt den Änderungsantrag von Frau Henkel zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmt die AfD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. und das fraktionslose Ratsmitglied Frau Henkel. Gegen den Änderungsantrag stimmt die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, weite Teile der SPD-Fraktion, zwei Ratsmitglieder aus den Reihen der FDP-Fraktion und der Bürgermeister. Damit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt die – um die von Frau Münzer vorgetragene Änderung ergänzte - Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. folgenden **ergänzten Beschluss**:

Der Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten zum 01.08.2014 wird mit folgender Ergänzung zugestimmt.

„Ziffer 8 Absatz 1 der Richtlinien wird wie folgt ergänzt: „Dies gilt in besonderem Maße für Kinder mit Behinderung.““

5. **VI. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**
0229/2014

Herr Urbach erklärt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage vorliege. Die FDP-Fraktion beantrage, § 2 der Nachtragssatzung wie folgt zu ändern: „In § 3 Absatz 3 wird Satz 1 wie folgt geändert: „Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist das zu versteuernde Einkommen (zvE) im Sinne des § 2 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes.“

Herr Krell schlägt vor, dass der Antrag an den Jugendhilfeausschuss verwiesen und dort beraten werde.

Herr Urbach stellt den Vorschlag zur Verweisung des Änderungsantrags der FDP-Fraktion an den Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss zur Beratung überwiesen.

Herr Klein führt an, dass die soeben beschlossenen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten die Mitbestimmung der Eltern in den einzelnen Einrichtungen verhindere, weshalb die Fraktion DIE LINKE. dagegen gestimmt habe. Der Grund dafür sei, dass die Rechte der Eltern nun durch das KiBiZ geregelt werden.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass es sich derweil um die Satzung zur Erhebung der Elternbeiträge handele. Die Aussage von Herrn Klein beziehe sich auf den soeben beschlossenen TOP Ö 4.

Herr Klein erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. nichtsdestotrotz aus den soeben genannten Gründen gegen die Beschlussempfehlung zu TOP Ö 4 gestimmt habe. Bezüglich TOP Ö 5 habe die damalige Fraktion DIE LINKE./ BfBB vor ca. zwei Jahren eine ähnliche Problematik - wie die aus dem soeben an den Jugendhilfeausschuss verwiesenen Antrag der FDP-Fraktion – in einem Arbeitskreis des Jugendhilfeausschusses angesprochen. Darauf sei damals nicht eingegangen worden. Er habe dort auch darum gebeten, dass die Satzung dahingehend geändert werde, so dass die U2-Beiträge nicht doppelt so hoch wie die Beträge anderer Gruppen seien. Auch dies sei nicht weiterverfolgt worden. Er bittet daher darum, den damals vorgetragenen Ergänzungsantrag der damaligen Fraktion DIE LINKE./ BfBB auch an den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Herr Urbach entgegnet, dass dies formell nicht möglich sei. Es könne ein neuer Antrag gestellt werden, jedoch sei es problematisch, auf Thematiken zu verweisen, die vor zwei Jahren beraten worden seien.

Herr Klein erwidert, dass diese Problematik nicht aufgekommen wäre, wenn er einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss erhalten hätte.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. und Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

- 1. Auf eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss wird verzichtet.**
- 2. Die VI. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird in der der Vorlage beiliegenden Fassung beschlossen.**

6. Förderung des Außerunterrichtlichen Angebotes im Schuljahr 2014/15
0220/2014

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. sowie bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

Im Schuljahr 2014/2015 werden bis zu 2.642 Plätze am Stichtag 20.10.2014 im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gemäß den „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach, Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. bis 10. Lebensjahr“ gefördert.

Die hierzu erforderlichen Haushaltmittel sind auch im Haushalt 2015 bereitzustellen.

7. Einwohnerfragestunde
0090/2014

Herr Urbach führt an, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann zum Thema „Kommunalwahl 2014 und Zusammensetzung des Rates in der IX. Wahlperiode“ vorliege. Da Herr Hoffmann nicht anwesend sei, werden die entsprechenden Antworten der Niederschrift als Anlage beigelegt.

8. Konzessionierungsverfahren Strom, Gas, Wasser und Fernwärme - Festlegung der Auswahlkriterien und deren Gewichtung
0255/2014

Für die Dauer der Beratung und Abstimmung begeben sich die anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates der BELKAW GmbH - Herr Urbach, Herr Henkel, Herr Waldschmidt, Herr Orth und Frau Schundau - wegen Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales. Herr Willnecker übernimmt vorübergehend die Leitung der Sitzung.

Herr Willnecker begrüßt zunächst Frau Ningelgen von Hogan Lovells, welche Herrn Dr. Dünchheim vertritt und für Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Klein erklärt, dass es sinnvoll sei, die Vertragsgrundlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. In der Vorlage sei hierzu keine Möglichkeit genannt, welche dies gewähre. Diese Option könne jedoch zu Mehreinnahmen auf städtischer Seite führen. Er regt an, dass eine solche Überprüfung zukünftig regelmäßig vorgesehen werde.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass ein Ausbau des Vertragscontrollings hinsichtlich der neuen Konzessionen vorgesehen sei. Dies richte sich sowohl an die Konzessionsabgaben, als auch an die vereinbarten Vertragsstrafen und Einhaltung der Verträge. Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Rockenberg, habe ebenfalls geäußert, dass er großen Wert auf das Vertragscontrolling legen werde. Sofern ein entsprechender Antrag im Rat eingebracht werde, könne in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse des Vertragscontrollings berichtet werden.

Frau Henkel erörtert, dass sie diverse Fragen habe, welche jedoch den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen würden und bittet deshalb um eine Beantwortung dieser im Haupt- und Finanzausschuss am 25.09.2014. Vorab möchte sie bereits wissen, wie variabel die Gewichtung der unterschiedlichen Bewertungskriterien – neben den gesetzlichen Vorgaben – sei und wie diese zustande gekommen sei.

Frau Ningelgen antwortet, dass die Kriterien sowohl auf gesetzlichen Vorgaben, als auch auf Vorgaben des Bundeskartellamtes, der Bundesnetzagentur und der höchstrichterlichen Rechtsprechung basieren. Der Bundesgerichtshof und das Oberlandesgericht Düsseldorf hätten die Gewichtung der Kriterien anhand entsprechender Entscheidungen festgelegt. Die Möglichkeit, diesbezüglich zu variieren, sei deshalb stark begrenzt.

Herr Willnecker stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

1. **Der Rat verzichtet auf eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.**
2. **Der Rat stimmt den in den Anlagen 1 bis 4 zur Vorlage aufgeführten Auswahlkriterien und deren Gewichtung zu.**

Sodann kehren Herr Urbach, Herr Henkel, Herr Waldschmidt, Herr Orth und Frau Schundau an ihre Plätze zurück. Herr Urbach übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

9. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Es liegen keine Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen vor.

10. Anträge der Fraktionen

10.1. Antrag der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 16.06.2014 (eingegangen am

17.06.2014) zur Erstellung einer Prioritätenliste für Sanierungsmaßnahmen an Grundschulen

0257/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zur Entscheidung überwiesen.

10.2. Antrag der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 16.06.2014 (eingegangen am 17.06.2014) zur Darstellung aller wesentlichen Maßnahmen im AUKIV

0258/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zur Entscheidung überwiesen.

11. Anfragen der Ratsmitglieder

11.1. Schriftliche Anfragen des Ratsmitgliedes Herr Samirae mit 49 Schreiben vom 13./15./16./17.06.2014 (eingegangen am 13./16./17.06.2014) zu verschiedenen Themenbereichen

0256/2014

Herr Urbach führt an, dass Herr Samirae um schriftliche Beantwortung seiner insgesamt ungefähr einhundertundsiebzig Fragen aus insgesamt fünfzig einzelnen Schreiben in der heutigen Sitzung gebeten habe. Das fünfzigste Schreiben liege den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor. Eine abschließende Bearbeitung der Anfragen sei zur heutigen Sitzung nicht möglich gewesen. Es liegen noch nicht alle Antworten aus allen Verwaltungsbereichen vor. Gleichwohl können die bisher vorliegenden Antworten in der heutigen Sitzung verlesen werden, dies würde aber einen zu großen Zeitraumen in Anspruch nehmen. Er verweist daher auf eine schriftliche Beantwortung im Nachgang der Sitzung. Er sei der Überzeugung, dass, wenn jeder alle ihr oder ihm zustehenden Rechte immer in vollem Umfang in Anspruch nehmen würde, nicht nur die Verwaltung, sondern die gesamte Gesellschaft lahmgelegt wäre. Er macht daher darauf aufmerksam, dass es rechtlich grundsätzlich möglich sei, das Fragerecht der Ratsmitglieder in den Sitzungen des Rates in der Geschäftsordnung zu beschränken. Dazu müsste die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden. Die Beantwortung und Koordinierung der Fragen und Antworten beanspruche hohe Kapazitäten innerhalb der Verwaltung und stelle einen immensen Kostenfaktor dar. Er weist zudem darauf hin, dass die Fragen von Frau Henkel, welche als Tischvorlage vorliegen, ebenso schriftlich beantwortet werden.

Herr Krell fragt, warum diverse Anfragen des Herrn Samirae in der Einladung aufgeführt seien, welche an das Amtsgericht Köln adressiert seien.

Herr Urbach antwortet, dass zu prüfen sei, ob die Stadt Bergisch Gladbach für diese Fragen örtlich, sachlich und instanziell zuständig sei.

11.2. Mündliche Anfragen

Herr Komenda: Anfrage zur Verfügbarkeit eines Aufzugs

Herr Komenda führt an, er habe in der Presse gelesen, dass die dauerhafte Verfügbarkeit des Aufzuges von der Fußgängerzone zur Engelbertstraße vertraglich nicht festgehalten worden sei. Dies sei im Rat jedoch so beschlossen worden. Er fragt, ob die Berichterstattung zutreffend sei.

Herr Urbach antwortet, dass die Verfügbarkeit des Aufzuges im Grundbuch eingetragen worden und damit sichergestellt sei.

Herr Steinbüchel: Anmerkung zur eventuellen Rodung eines Abschnitts des Lerbacher Waldes zur Errichtung eines Anbaus des Kreishauses

Herr Steinbüchel erklärt, dass die Thematik zur eventuellen Rodung des Lerbacher Waldes im Zuge der Erweiterung des Kreishauses in der heutigen Sitzung des Kreistages vertagt worden sei. Nichtsdestotrotz sei es bedauerlich, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN über das Thema nur aus der Presse erfahren habe. Es sei anzuraten, dass die Verwaltung eine Baugenehmigung erst dann erteile, wenn dargestellt werde, wie die öffentlichen Belange nach § 35 Absatz 2 BauGB im Verfahren abgewägt worden seien. Dies sei derzeit nicht schlüssig.

Herr Schmickler antwortet, dass die Vertagung der Thematik im Kreistag positiv zu bewerten sei. So eröffne sich für alle Beteiligten die Möglichkeit einer erneuten Überprüfung. Die Stadt Bergisch Gladbach sei nur als Ersteller einer etwaigen Baugenehmigung am Verfahren beteiligt. Wesentliche andere Aspekte, darunter auch die landschaftsrechtlichen Aspekte, liegen außerhalb der Zuständigkeit der Stadtverwaltung. Die rechtliche Beurteilung gestalte sich schwierig und stelle einen Grenzfall dar. Da derzeit noch Sachverhalte geprüft werden müssten, könne eine Baugenehmigung zum heutigen Zeitpunkt ohnehin nicht ausgestellt werden. Es wäre zwar erfreulich, wenn eine Alternativlösung gefunden werde, welche den Wald unbeschadet lasse, dies liege jedoch in der Entscheidungskompetenz des Rheinisch-Bergischen Kreises. Es gebe dazu auch Gespräche mit dem Kreis.

Frau Schundau: Anfrage zur Klimaexpo in Düsseldorf

Frau Schundau führt an, dass am 30.06.2014 die Klimaexpo in Düsseldorf stattgefunden habe. In der Presse habe es dazu geheißen, dass die Kommunen sich für die Förderung entsprechender Klimaprogramme anmelden können. Sie fragt, ob es diesbezüglich Überlegungen seitens der Stadt Bergisch Gladbach gebe.

Herr Urbach antwortet, dass dies in die Zuständigkeit des Rheinisch-Bergischen Kreises falle.

Frau Glamann-Krüger: Anfrage zur Sanierung der Sander Turnhalle

Frau Glamann-Krüger fragt, ob es Planungen seitens der Verwaltung gebe, die bestehenden Schäden an der Sander Turnhalle kurzfristig zu beheben. Zudem fragt sie, ob es einen Wartungsvertrag für die Heizung der Turnhalle gebe. Falls dies nicht der Fall sei, möchte sie wissen, wer für die Wartung und Instandhaltung der dortigen Versorgungstechnik zuständig sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Entsprechende Unterlagen und Fotos zum Zustand der Halle habe er bei einem Treffen mit der Schulleitung der Sander Grundschule erhalten und an Herrn Martmann zur weiteren Bearbeitung weitergegeben.

Herr Klein: Anfrage zum Sachstand der Sanierungen an der IGP und GGS Katterbach

Herr Klein führt an, dass es einen Ratsbeschluss gebe, wonach die Umkleieräume und sanitären Einrichtungen der IGP und GGS Katterbach saniert werden sollen. Dieser sei bisher noch nicht umgesetzt worden. Er fragt, wie der diesbezügliche Sachstand sei. Zudem werden die schulischen Sportstätten während der Ferien geschlossen, so dass die Sportvereine diese in diesem Zeitraum nicht nutzen können. Es habe hierzu schon Anfragen im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport seitens DIE LINKE. gegeben. Die Beantwortung dieser sei aber unzureichend gewesen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Sportstätten geschlossen werden, obwohl die Vereine - für den Fall, dass die jeweiligen Hausmeister nicht direkt an der Schule wohnen – Schlüsselgewalt haben und für die Hallen verantwortlich seien. Die Fraktion DIE LINKE. sei der Auffassung, dass es wün-

schenswert sei, wenn das Angebot der Vereine in den Ferien aufrechterhalten und eventuell sogar erweitert werden könne.

Herr Urbach sagt zu beiden Punkten eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dresbach: Anfrage zum Gebäude der ehemaligen katholischen Volksschule in Heidkamp

Herr Dresbach fragt, ob es zutreffend sei, dass das erste Stockwerk der ehemaligen katholischen Volksschule in Heidkamp nicht vermietet worden sei. Zudem möchte er wissen, ob in den letzten dreißig Jahren Instandhaltungskosten für das Gebäude entstanden seien und wenn ja, wann zuletzt entsprechende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt worden seien. Er fragt zudem, ob die Vermessung des Gebäudes – diese habe letzte Woche stattgefunden – im Rahmen eines eventuellen Verkaufs dessen durchgeführt worden sei. Das Erdgeschoss des ehemaligen Schulgebäudes sei an die Arbeiterwohlfahrt vermietet. Er habe sich dort im Beisein mehrerer Bürgerinnen und Bürgern umgesehen und habe festgestellt, dass dies in einem sehr guten Zustand sei.

Herr Urbach bestätigt, dass die Räumlichkeiten der AWO-Werkstätten im Erdgeschoss in einem guten Zustand seien. Die Stadt Bergisch Gladbach habe in die Instandhaltung des Gebäudes investiert. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Samirae: Anfrage zu seinen ca. 170 Anfragen

Herr Samirae erklärt, dass die von ihm gestellten Fragen auf diverse Problemfälle abzielen und in Anlehnung an das Wahlprogramm seiner Partei gestellt worden seien. Er habe in Hinblick auf die Sitzungsdauer um die schriftliche Beantwortung der Anfragen in der heutigen Sitzung gebeten. Er fragt, ob es richtig sei, dass die Verwaltung keine seiner ca. 170 Fragen beantworten konnte.

Herr Urbach antwortet, dass er ca. 120 der gestellten Fragen in der heutigen Sitzung beantworten könne. Dies sei den übrigen Ratsmitgliedern jedoch nicht zuzumuten.

Herr Samirae fragt, warum die Stadt Bergisch Gladbach noch keine schriftlichen Antwortschreiben verfasst habe.

Herr Urbach entgegnet, dass die Stadt Bergisch Gladbach einen zusammengefassten Antwortkatalog erstellen werde. Es sei unzweckmäßig, für jede der 170 Fragen ein einzelnes Antwortschreiben zu versenden.

Bevor Herr Urbach den öffentlichen Teil der Sitzung schließt, macht er darauf aufmerksam, dass Frau Müller-Veit, Fachbereichsleiterin 6, am gestrigen Tag offiziell verabschiedet worden sei. Frau Müller-Veit sei heute nicht anwesend und werde durch Frau Sprenger vertreten. Herr Urbach dankt im Namen der Stadt Bergisch Gladbach und der Ratsmitglieder Frau Müller-Veit in Abwesenheit für ihre geleistete Arbeit zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach. Sodann schließt Herr Urbach den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:40 Uhr.